

Er scheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler-

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 47 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 19. November 1915

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Zur Beachtung. — Kriegs-  
beschädigte und Heimarbeit. — Der Bundestag Deutscher  
Sattler-Vereine zu Berlin. — Erfolgreicher Kampf um  
Weitergewährung einer Unfallrente. — Lederverwaren aus  
Wenschenhaut. — Brief aus Hamburg. — Feldpostbrief. —  
Korrespondenzen. — Hundschau. — Vögelerschau. — Adressen-  
änderungen. — Tierbetafel. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 21. bis 27. November  
ist der 48. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem  
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-  
leistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle  
der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus  
Verbandsmitteln.**

## Zur Beachtung!

Allen Verbandsmitgliedern, insbesondere den  
Ortsklassierern und Beitragsnehmer bringen wir  
hiermit in Erinnerung, daß die für die Woche  
vom 26. Dezember bis 1. Januar fällige  
Beitragsmarke auf das 53. Beitragsheft des  
Mitgliedsbuches bzw. der Mitgliedskarte zu  
kleben ist. Für die Woche vom 2. bis 9. Januar ist  
der erste Wochenbeitrag des Jahres 1916 fällig.

## Kriegsbeschädigte und Heimarbeit.

In einem längeren Artikel in Nr. 35 unseres  
Organs vom 27. August 1915 haben wir die Frage  
erwogen, ob die Veseitigung der Heim-  
arbeit in der Lederverwarendindustrie  
möglich ist. Nach Würdigung aller uns be-  
kannten Tatsachen haben wir die Frage bejaht und  
behauptet, gerade die jetzige Zeit sei am ehesten ge-  
eignet, ohne Schaden für die Industrie und den  
direkt daran beteiligten Personen die Ausschaltung  
eines veralteten Arbeitssystems in die Wege zu lei-  
ten. Bei dieser Gelegenheit legten wir ganz beson-  
ders Wert darauf, streng darauf zu achten, Kriegs-  
verwundete von den „Segnungen“ der Heimarbeit  
zu verschonen. Wir schrieben damals:

„Von den verschiedensten Korporationen, seien es  
Behörden, Handelskammern, Industrieverbände oder  
Kriegsfürsorgevereinigungen, wird den einzelnen  
Unternehmern ans Herz gelegt, Kriegsverwundete  
in Beschäftigung zu nehmen. Soweit die Leder-  
warendindustrie in Frage kommt, liegt die Verpflich-  
tung nahe, daß sie in der Heimarbeit untergebracht  
werden. Dagegen müssen sich alle Gewerkschaften  
ganz energig für die Wehr setzen. Die Kriegs-  
verwundeten gehören unter Menschen, wo sie Lebens-  
mit und Arbeitsfreudigkeit gewinnen. Auf keinen  
Fall dürfen sie abgefordert, in der Heimarbeit ein-  
gelenkt werden, wo sie sich zurückgesetzt fühlen  
müssen, wo sie über ihr unerschütteres Gebrechen  
nachgrübeln. Ihnen gilt die Wehr zu einer zu-  
kunftsfreudigen, heiteren Zeit freizumachen, wozu  
niemals die Einzelheimarbeit führt. Auch bietet die  
Heimarbeit gar keine Garantie, daß die tariflichen  
Bestimmungen auf Kriegsverwundete angewendet  
werden.“

Mittlerweile sind schon einige berufsfremde  
Kriegsverwundete zu Portefeulieren ausgebildet  
worden, die nun verurteilt werden, als Heimarbeiter  
ihr Leben zu fristen.

Wir wenden uns mit Nachdruck gegen die  
Gründung solcher Existenzen. Unsere Kollegen haben  
nur zu oft die Schattenseiten der Saison- und Heim-  
arbeit kennen gelernt, als daß sie es für wünschens-  
wert halten, die Heiserbearme der Unternehmer noch  
mehr künstlich vergrößern zu lassen.

Bis heute ist es noch nicht möglich, nur an-  
nähernd feststellen zu können, wieviele unserer eige-  
nen Berufsgenossen als Krüppel aus dem Kriege  
wieder heimkehren, für deren Unterkunft doch in  
erster Linie gesorgt werden muß. Wenn dann ver-  
einzelnt noch Berufsfremde als Portefeuliere ausge-  
bildet werden, so haben wir schon aus reiner Men-  
schenpflicht nichts dagegen, wenn sie auf dem neu er-  
lernten Beruf Beschäftigung erhalten. Ja, sie könn-  
ten der Unterstützung unserer Verbandsmitglieder  
verhelfen sein. Wogegen wir Verwahrung einlegen,  
ist, daß man Kriegsverwundete als Heimarbeiter  
oder als Lohnbrüder verwenden möchte. Keinerlei  
Vorspiegelung von Humanität und sonstiger Men-  
schenfreundlichkeit kann uns von diesem Standpunkt  
abbringen. Der Kriegsverwundete gehört nicht in  
die Heimarbeit, sondern in die Fabrik, wo er mit  
Kollegen zusammenkommt, die im Besitze ihrer  
Gliedmaßen sind, von denen er lernen und sich im  
Fach weiter fortbilden kann.

Wie berechtigt unser Standpunkt in der Ab-  
wehr ist, Kriegsverwundete als Heimarbeiter in der  
Lederverwarendindustrie zu verwenden, beweist uns der  
Artikel des Genossen Adolf Braun: „Kriegsinvalide  
und Hausindustrie“ in Heft 4 der „Neuen Zeit“.

Braun schreibt u. a.:

„Schon aus rein psychologischen Gründen muß  
man den Gedanken an Kriegsheimstätten als nicht  
glücklich bezeichnen. Wenn die Kriegsverletzten  
unter sich sind, so wird in ihnen eine Art Getostim-  
mung erzeugt werden, sie werden seelisch gedrückt  
sein und sich als von der Welt, in der sie früher ge-  
lebt haben, getrennte Menschen fühlen. So sprechen  
viele Gründe der Massenpsychologie, der Hygiene,  
Gründe des Mitleids und Erwägungen der sozialen  
Wertung wie der gesellschaftlichen Wirkungsmöglich-  
keit gegen die Kriegsheimstätten. Wir hoffen, daß  
trotz der regen Agitation gewisser, vermutlich sehr  
wohlmeinender Männer die Kriegsinvaliden von  
dieser Wohlfahrt befreit bleiben werden.“

Bis zu einem gewissen Grade schafft die Haus-  
industrie, der man die Kriegsinvaliden zuführen will,  
die gleichen Gefahren und damit die gleichen Gründe,  
sich gegen sie auszusprechen. An sich ist es noch gar  
nicht besonders erkranklich, daß man an die Ueber-  
führung der Kriegsinvaliden in die Hausindustrie  
denkt. War es doch immer die Absicht von Philan-  
thropen, Beschäftigungslose, vor allem körperlich  
minderwertige, schwer einzureihende und unterzu-  
bringende Menschen hausindustriell zu beschäftigen.  
So sagt z. B. Dr. Käthe Gaebel:

„Die Bestürzer der Heimarbeit gehen viel-  
fach davon aus, daß die Heimarbeit halben Kräften,  
Invaliden, alten Krüppeln eine letzte Verdienstmög-  
lichkeit gewähre, daß sie Kräfte für die Volkswirt-  
schaft nützlich mache, die sonst brachliegen und auch  
für die Armenpflege eine wichtige Unterstützung be-  
deute; mit Verringerung der Heimarbeit werden die  
Armenlasten erheblich wachsen usw.“

Wir stellen fest, daß diese Ausführungen reich-  
lich ein Jahr vor Ausbruch des Krieges geschrie-  
ben wurden.

Dr. Gaebel formuliert die Frage, die heute  
von der Regierung aufgeworfen wird, folgende-  
maßen: Es sei außerordentlich wichtig festzustellen,  
inwieweit Heimarbeit und der Wechsel des bisherigen  
Berufs von Invaliden ergriffen wurde. Der abso-  
luten Zahl nach stammen die weitaus meisten In-  
validen eben nicht aus Heimarbeitertreffen. Viel-  
leicht auch ihnen die Heimarbeit eine letzte Zuflucht? Aus  
den sehr interessanten Ausführungen der Verfasserin,  
die sie zur Beantwortung der Frage beibringt, seien  
einige Sätze angeführt:

„Es ist für den früheren Maurer, Schlosser oder  
Schreiner unmöglich, plötzlich hochgelernte Schneider-  
oder Portefeulierearbeit zu verrichten, selbst  
für die geringeren Arten der Konfektion hat er nicht  
die nötige Vorbildung; es ist auch in der Regel un-  
denkbar, daß er als erwachsener Mann solche Ar-  
beiten erlernt.“

Man wird es verstehen, wenn der erwachsene  
Arbeiter sich ungern in die Rolle des Lernenden  
schickt. Dafür, daß nur die ungelernete Heimarbeit  
als Minderberuf in Frage kommt, spricht auch fol-  
gende Bemerkung Nachts in den Schriften des Ver-  
eins für Sozialpolitik:

„Während zur Beschäftigung in der Täschne-  
rei, Rahmen- und weichen Arbeit nur ge-  
lernete Arbeiter Verwendung finden, ist die Haus-  
industrie für Portefeuliere, Zugbearbeiter und andere  
Gros- und Stapelware meist ungelernete; unter den  
hierher gehörenden Heimarbeitern sind alle möglichen  
Berufe vertreten, Steinträger, Barbiers, Drechsler,  
Maurer, Müller, Maschinenbauer, kurz alle ver-  
unglückten und entgleisten Existenzen, auch alle Arten  
von Krüppeln mit gefunden Händen. Das gilt aber  
nur für Schuhware. Gute Portefeuliere erfordern  
einen Lederarbeiter, und in der Regel leidet auch ein  
Lederarbeiter die Anfertigung schlechter Ware. Zum  
großen Teil sind diese Arbeiter frühere Werkstat-  
tarbeiter.“

Frau Gaebel untersucht noch die Stellung des  
Unternehmers zu den hausindustriellen Problemen,  
die wohl in der nächsten Zeit für die Kriegsinvaliden  
von hoher Bedeutung sein werden.

„Es ist dem Unternehmer, wie sie schreibt, auch  
in der Heimarbeit sehr viel angenehmer, mit wenigen  
Heimarbeitern zu verkehren, die regelmäßig größere  
Posten übernehmen, als diese Arbeit in geringen  
Mengen auszugeben. Denn der Verkehr mit einer  
großen Anzahl wenig leistungsfähiger Leute bedeutet  
ihm regelmäßig ein Mehr an Ärger über unpünk-  
tliche und schlechte Lieferung, erfordert aber auch viel  
mehr Personal und Zeit zur Ein- und Ausgabe. Die  
fränkliche Arbeiterin, die die Arbeit tage- und wochen-  
lang ganz aussetzen muß, nicht die bestimmte Frist  
innehalten kann, die Ware oft lange bei sich liegen  
hat, ist der Schreden des Unternehmers, der an feste  
Lieferungsfristen gebunden ist und sein Kapital schnell  
umsetzen muß. Jeder Arbeitgeber, mit dem ich noch  
in Verbindung gekommen bin, wünschte die Zahl  
seiner Heimarbeiter herabzusetzen, während er gleich-  
zeitig ihre Leistungsfähigkeit aufs äußerste anzu-  
spannen bemüht war.“

Nachdem Braun die Stellung der Gewerks-  
chaften zur Heimarbeit beleuchtet, auf Grund der  
Gewerksinspektionsberichte die Lage der Heimarbeiter  
und den fühlbaren Mangel durchgreifender und wirk-  
samer Heimarbeiterschutzgesetze dargelegt hat, faßt  
er sein abschließendes Urteil über die Zuweisung von  
Kriegsinvaliden in die Hausindustrie in folgenden  
Schlußausführungen zusammen:

„Heute heißt die Zuweisung Kriegsinvaliden an die Hausindustrie, daß die Kriegsbeschädigten mit Frauen, Kindern und Halbarbeitern in Konfektionsbetrieben sollen, mit Leuten, die an die niedrigste Lebenshaltung gewöhnt sind und nur durch langjährige Anpassung an die Bedingungen des Berufs zu den Leistungen erzogen wurden, die heute von ihren Vorgesetzten gefordert werden. Die Kriegsinvaliden werden nie das gleiche leisten können wie die seit ihrer Jugend als Heimarbeiter wirkenden Proletarier.

Die Kriegsinvaliden fühlen sich aus mannigfachen Gründen unfrei, unbehaglich, unbedeutend. Es ist sehr wohl möglich, daß sie, wenn gegen ihre Zuweisung an die Heimarbeit nicht allgemein gewarnt werden sollte, einigen Hausindustrien, die schnell erlernbar sind, so der Zigarettenschmuckerei und anderen Tabakverarbeitungsgebieten, der Fuchsenmacherei und der Verhüllung widerwertiger Pinself, der Stuhlflächerei, der schlechtesten Konfektion und einigen ähnlichen Industrien zugeführt werden. Einmal dort festgesetzt, werden sie kaum mehr die Entscheidungsgewalt zu anderer Betätigung finden. In ihrer hausindustriellen Isolierung mit allen ihren sozialen und körperlichen Bewegungseinschränkungen, mit ihrer mangelhaften Organisationsfähigkeit könnten sie die bisher in diesen Industrien tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen hindrängen und diese Hausindustrien zu ganz besonderen, zu spezifischen Stendbetrieben machen. Das wäre natürlich eine ganz besondere Gefahr für die Kriegsinvaliden, denn es würde ihre vollkommene Isolierung, ihre Trennung von dem Streben der Arbeiterkassen nach Verbesserung der Lebensbedingungen bedeuten.

**Der Bundestag Deutscher Sattler-Innungen zu Berlin.**

Der Vorstand des Bundes deutscher Sattler-Innungen hatte vom 7. und 8. November eine Kriegstagung nach Berlin abzuhalten, die von Innungen und Werkgenossenschaften aus allen Teilen Deutschlands zahlreich besetzt war. Neben den Vertretern der zentralen Handwerker-Organisationen wohnte auch Herr Wachs in Berlin in Vertretung der an Stelle des Klav neugegründeten Vereinigung Deutscher Fabrikanten für Heeresausrüstung, E. V., als Gast, den Verhandlungen bei.

Die einzelnen Punkte der Tagesordnung sind auch für unsere Mitglieder von wesentlichem Interesse, weswegen es sich schon verlohnt, etwas ausführlicher über diese Weiterleitung in unserem Organ zu berichten. Dabei übergehen wir die üblichen Begrüßungsreden der Vertreter von Handwerkerorganisationen und der ausgebrachten Hochs; wenden wir uns also gleich der Erledigung der eigentlichen Tagesordnung zu.

Da ist vorweg zu bemerken, daß an Stelle des vorhergehenden Bundesvorsitzenden Herrn Hehle, Berlin, der neu gewählte Obermeister der Berliner Sattlerinnung Max Ludwig, Berlin, einstimmig zum Bundesvorsitzenden ernannt worden ist. Wenn nicht alles irrt, so können wir wohl heute schon sagen, daß die Sattlerinnung mit dieser Wahl einen guten Griff gemacht hat. Herr Ludwig erweist den Anschein, als ob er die Regel der Bundesleitung fest in der Hand hat und alles versuchen will, um die Interessen der Sattlermeister zu fördern. Ob ihm das gelingt, hängt weniger von seinem Willen ab als von dem der Innungsglieder, die bis jetzt für ihre Organisation anheimelnd wenig Verständnis hatten. Zu wünschen wäre, daß mit dem neuen Vorsitzenden auch ein neuer Geist, der den modernen Ansprüchen genügt, einzieht, dann wird es auch möglich sein, mit den Innungen Arbeiterfragen in zufriedenstellender Weise zu lösen.

Dem vom Bundessekretär erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die auf dem Bundestag 1913 in Halle wegen der Kassenegebarung entstandenen Differenzen dazu geführt haben, daß die Innungen Halle und Göttingen aus dem Bunde ausgetreten sind.

Auf der anderen Seite haben sich eine Anzahl Innungen, so Epenid, Boupen, Osnabrück, Ahlfeld, Hagen, Eutin, Neurruppin, Saderleben und Jittlau dem Bunde angeschlossen, so daß er jetzt rund 2700 Mitglieder zählt. Die Schulden des Verbandsorgans, die in Halle eine hervorragende Rolle spielten, sind gebet. Für die Ostpreußenhilfe sind durch freiwillige Sammlungen bisher 2140 Ml. eingegangen, wovon 400 Ml. an hilfsbedürftige Meister gezahlt wurden.

Sattlermeister Holz, Berlin referierte über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, wobei er darauf hinwies, daß das Reich und die Gemeinden nicht in der Lage sind, allen Anforderungen für die Kriegsbeschädigten zu entsprechen. Auch die Sattlermeister wollen eine Dankeschuld gegenüber denjenigen abtragen, die mit ihrem Körper es ermöglichen, in Ruhe diese Kriegstagung abzuhalten.

Es muß Aufgabe der Innungen sein, die Kriegsbeschädigten wieder dem Erwerbseben zurückzuführen. Aus diesem Grunde begrüßt er die Lehrschule für Kriegsbeschädigte in Berlin, in der Einarmige die Anfertigung billiger Reisekoffer, Kindledertaschen und Astenmappen erlernen. Der Staat zahlt den Schülern ein Pflegegeld von 6 Ml. oder 11,50 Ml. pro Tag. Als selbstverständlich gilt es wohl, daß die Sattlermeister bei Bedarf von Arbeitskräften Kriegsbeschädigte bevorzugen. Empfehlenswert an allen Orten ist die Bildung von Arbeitsgemeinschaften mit dem Verbaude der Sattler und Portefeuller, wie sie bereits für Berlin geschaffen ist. Zu warnen ist vor rastlosesten Anpreisungen künstlicher Gliedmaßen. So empfiehlt ein Amerikaner einen künstlichen Arm für 750 Ml. Es sind dies dieselben Amerikaner, die den japanischen Staaten Munition liefern, damit miteren Brüdern die Knochen zerhacken werden, jetzt wollen sie uns künstliche Gliedmaßen verkaufen, um so ihre Neutralität zu beweisen. Die Deutschen bedauern sich für solche Geschäftshuberei. Zum Schlusse seiner Ausführungen empfiehlt Redner die Annahme einer Entschleunigung, wonach der Bundestag der Sattlerinnungen empfiehlt, im Sinne der Berliner Arbeitsgemeinschaft zu wirken und nach deren Satzungen zu handeln. In der Diskussion wurde noch ein Ergänzungsantrag gestellt, beim kriegende Krieger sofort in Arbeit zu nehmen. Einstimmig wurde so beschlossen und ist zu erwarten, daß untern Kollegen bei ihrer Rückkehr keine Schwierigkeiten gemacht werden. Zu erwähnen wäre noch, daß ein Meister empfahl, sich sofort mit unseren Verbänden ins Einvernehmen zu setzen, um zu vermeiden, daß Arbeiter mit gebunden Gliedern höhere Lohnforderungen stellen, weil vielleicht ein Kriegsbeschädigter, trotz geringerer Leistung, denselben Lohn erhält wie ein gesunder Arbeiter. Wir sind überzeugt, daß keiner unserer Kollegen irgendeinen Kriegsbeschädigten um seinen Verdienst neidet.

Die Hauptfrage ist, daß die Rentenbezüge nicht zu Forderungen führen. Interessant war noch die Mitteilung des Obermeisters Markus, Berlin als Vertreter des Zentralausschusses der vereinigten Innungen Deutschlands über die Geschäftslundigkeit der Amerikaner. So hat ein Amerikaner einen künstlichen Arm erfunden. Er beschloß, dem Deutschen Reich das Patent für 4 Millionen Mark zu verkaufen. Da hier aber keine Neigung bestand, auf das Anerbieten einzugehen, ging er mit seiner Forderung bis auf 700 000 Ml. herunter. Ebenso mit dem Preise des Armes von 1500 Ml. auf 750 Ml. Redner empfahl, bei dem Ankauf künstlicher Gliedmaßen nicht vorsichtig zu handeln. Der Verein der Ingenieure hat für die Schaffung eines künstlichen Armes ein Preisausloosungswettbewerb veranstaltet, und sollte erst die Prüfung der dafür eingesetzten Kommission abgewartet werden.

Über die korporative Lieferungs-ausführung des Bedarfs des Reichs, Staats- und Gemeindebehörden durch Handwerker-genossenschaften usw. referierte Herr Küster, Leiter der Verbindungskasse der Handwerkerkammer Berlin. Einleitend seines instruktiven Vortrages bemerkte er, daß die Verachtung über das Organisationswesen zur Erkenntnis führt: Was der einzelne nicht erreichen kann, durch Gesamtwillen zu erreichen ist. Nach dem Jahre 1870 befand sich das Handwerk in einer traurigen Lage. Als eine Kommission von Handwerkern bei dem damaligen Minister Bismarck vorstellig wurde, antwortete er ihnen: „Geht hin und werdet eine Macht!“ Wäre diesem Ratsch damals Folge geleistet, dann wäre die korporative Arbeitsübernahme eine schon längst erledigte Sache. Doch jetzt ist es noch nicht so spät, jetzt gilt es die Konjunktur auszunutzen und Veräusertes nachzuholen. Es muß eine starke und lückenlose Organisation geschaffen werden.

In Oesterreich wurde den Bestrebungen der Handwerker schon eher Rechnung getragen als in Deutschland. Seit 1890 wird dem Kleingewerbebetrieb eine Quote der Staatslieferungen zugestanden, die in erster Zeit 25 Proz. betrug, bis zum Jahre 1914 auf 50 Proz. erhöht wurde. In der Hauptsache handelt es sich hier um Schuh- und Sattlerarbeiten.

Der deutsche Gewerbe- und Handwerkerkammertag hat schon im Jahre 1907 den Antrag um korporative Arbeitsübernahme gestellt, aber ohne Erfolg; erst mit dem Kriegsausbruch ist es anders geworden. Das private Geschäft lachte, der Heeresbedarf stieg. Der Kaufmannstand hat die Situation sofort erfaßt und bemächtigte sich der Aufträge. So wurde der Handwerker zum Zwischenmeister. Für das Sattlerhandwerk besterben die Verhältnisse seit Gründung des Klav, da auf dessen Verhinderung die Heeresverwaltung die Bedingung der Selbstherstellung vorschrieb. Auf diese Weise

wurde eine Hypothekenspekulation noch rechtzeitig von Heereslieferungen ausgeschlossen. Als die Vermählungen des Handwerks bei den Heereslieferungen Erfolg hatten, erwachte der Neid der Industrie. In einer Eingabe protestierte der Deutsche Handlertag gegen die Bevorzugung des Handwerks bei Heereslieferungen. Doch die verhasste Budget-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat diese Eingabe nicht berücksichtigt. Im Gegenteile, der Handelsminister hat bei Arbeitsaufträgen die Handwerkerkammern bevorzugt. Auch eine Berufung des Kriegsministeriums durch den Deutschen Handlertag blieb erfolglos.

Wenn nun die Handwerker mit Aufträgen von den Behörden bedacht werden, so liegt es nahe, mit der gemeinsamen Arbeitsübernahme die Innungen zu betrauen. Dieses ist jedoch nicht angängig. Wohl können nach § 118 der Gewerbeordnung freie Innungen gemeinsame Geschäfte übernehmen, jedoch haften die Innungen für die entstandenen Schulden. Zwangsinnungen ist nach § 100 m die gemeinsame Geschäftsbetrieb verboten. Als zweckmäßige Organisationen sind daher Genossenschaften n. b. G. zu empfehlen. Dabei ist zu beachten, daß nicht zu geringe Geschäftsanteile gezeichnet werden, die Gesamtsumme die Höhe des Geschäftsanteils erreicht und der Genossenschaft eine gute Leitung gegeben wird. Weder Interessenten noch Obermeister sind damit zu betrauen. Der Handwerker- und Gewerbe-kammertag übernimmt von den Behörden Aufträge, leitet sie an die Lieferungsverbände weiter, welche sie an die Genossenschaften verteilen.

In der sehr ausgiebigen Debatte wurde vor Neugründungen von Genossenschaften gewarnt, wenn es trotzdem zu Gründungen kommt, dann sollte man sich auch kapitalkräftiger Leute bedienen. Auch sollte man bedenken, daß nicht immer Heeresaufträge vorhanden sind und wieder Privat-arbeit auszuführen sein werden.

Herr Obermeister Plate-Sannover brachte noch zum Ausdruck, daß der Deutsche Bundestag recht hat, wenn er behauptet, Innungen dürfen gemeinsame Arbeit nicht übernehmen. Es ist daher dringende Notwendigkeit, bei der sich erst bei hiesigen Gelegenheiten das Gesetz abzuändern. Der Bundestag habe später betont, daß er dem Handwerk nichts misshandeln, sondern sich nur gegen seine Bevorzugung wöhne. Unter den bestehenden Umständen sind Genossenschaften n. b. G. das Beste, die Maßnahme ist, daß sie in geschäftsmäßigem Geiste geführt werden und daß darin modernen Ansprüchen Geltung verschafft wird.

Herr Reppenhausen-Leipzig glaubt nicht, daß mit der Gründung von Genossenschaften ein normaler Weg gefunden wird, der alle befriedigt. Neben den Leuten müssen auch überzeugungstreue Mitglieder den Organisationen angehören; die Wahrheit, Fairheit und Nachlässigkeit mancher Mitglieder muß verschwinden. Wer seine Bilanz nicht erfüllt, gegen den muß mit unmissverständlichem Strenge vorgegangen werden. Sollte jemand hergekommen sein, der Leute vertreten will, die über 20 000 Ml. Kapital verfügen, so ist denen zu sagen, für solche Leute ist der Bundestag nicht da, sondern nur für Meister, die nicht kapitalkräftig genug sind, auf eigene Faust Lieferungen zu übernehmen.

Herr Markus, Berlin machte darauf aufmerksam, daß der Zentralausschuss des Handwerker- und Gewerbe-kammertages beschlossen hat, nur den Genossenschaften n. b. G. Kredit nach der Höhe der auf den Anteilseignern geeigneten Summe zu gewähren. Von der Annahme einer Entschleunigung wurde abgesehen. Die Aussprache sollte nur den Klav haben, nach den bezeugten Richtlinien bei Gründung von Genossenschaften zu handeln.

Aus den auf dem Bundestage gehörten Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Handwerkerkreise, die bisher die Konjunktorgenossenschaften als Feinde des Mittelstandes bekämpften, sich nunmehr, da sie selbst in der Krise sitzen, sich den Genossenschaftsgedanken nutzbar machen. Wenn es ihren Zwecken dienlich ist, nehmen sie gar keinen Anstand, sich mit scharfen Worten gegen die Vermittler und „Schieber“ zu wenden und zu versuchen, auf dem Wege genossenschaftlicher Organisationen, durch korporative Arbeitsübernahme den Zwischenhandel aufzuhalten und als Vermittler der Arbeit ihre eigenen Korporationen treten zu lassen. Allerdings kann ein Jubel auch schaden. So wurde u. a. berichtet, daß in Breslau bei 30 Innungsmittgliedern über und im Kreise Harburg 11 Lieferungs-genossenschaften für Heeresausstattungsstoffe bestehen.

Vom sozialen Gesichtspunkt aus kann man den Gedanken der Lieferungs-genossenschaften im Handwerk nur mit Freude begrüßen. Alle Vorkämpfer verdienen Unterstützung, die die wirtschaftlichen Einzelkämpfer zum Zwecke gesteigerter Ertragsfähigkeit menschlicher Arbeit aufzumuntern und daher zugleich auch eine erzieherische Wirkung ausüben.

Nach einem Mejerat des Herrn Pachhaus-Berlin wurde einstimmig beschlossen, der Bund deutscher Sattlerinnungen tritt der Interessengemeinschaft für das deutsche Sattlerhandwerk bei. Diese neue Organisation soll den Zweck haben, die Interessen der Mitglieder der neugegründeten Vereinigung Deutscher Fabrikanten für Seeres-ausrüstung G. B. und der Mitglieder der deutschen Sattlerinnungen bei Behörden und den Arbeitern gegenüber zu vertreten. Die Geschäftsstelle befindet sich in den Räumen des Fabrikantenverbandes. Der Bundestag bewilligt zur Deckung der Kosten einen jährlichen Beitrag von 1000 Mk., der durch Umlage von den Wertgenossenschaften erhoben werden soll.

So zwischendurch brachten wir in Erfahrung, daß die Mitglieder der neuen Vereinigung der Seeres-ausrüstungs-Fabrikanten ein Einschreibegeld von 250 Mk. und einen Jahresbeitrag von 500 Mk. zu zahlen haben. Sowohl die Gründung der Interessengemeinschaft als auch die Höhe des Mitgliederbeitrages zur Fabrikantenorganisation weisen auf die Wege hin, die die Unternehmer des Sattlergewerbes zu gehen gewillt sind.

Wir werden über diese Gründung noch manches zu sagen haben.

Nachdem der Bundestag die Herren Müller-Oldenburger, Oesterreich-Köln, Rübmann-Dannover, Schenk-Magdeburg, Ginz-Samburg, Wagner, Scholz und Ludwig-Berlin als Bundesvertreter in die Interessengemeinschaft gewählt hat, war die Tagesordnung erledigt.

Unter Anträge und Anregungen wurde von der Junung Kassel beantragt, der Bund müsse bei den Behörden vorstellig werden, daß bei zukünftigen Besetzungen die Handwerker in derselben Weise wie der Handelsstand berücksichtigt werden. Herr Neppenhagen-Leipzig warnte davor, den Behörden wegen der Arbeitsvergebung irgendwelche Vorwürfe zu machen. Die Sattlermeister müssen zugestehen, daß sie bei Ausbruch des Krieges nicht in der Lage waren, das Heer wie notwendig auszurüsten. Wer in die Großbetriebe des Handels und der Industrie, z. B. Werksheim-Berlin, Einbliss genommen hat, wird zur Erkenntnis kommen, daß auch dem Handelsstand ein Recht anerkannt werden muß, sich an Verrechnungen zu beteiligen. Die Großindustrie hat an der rechtzeitigen Fertigstellung von Ausrüstungsstücken ihr gutes Teil beigetragen. Sie hat Millionen aufgewendet, weshalb ihr der Dank aller Staatsbürger werden muß. Da jetzt die wilde Zeit vorüber ist, kann man dem Antrage Kassel entsprechen und versuchen, daß die Sattlermeister mehr wie bisher berücksichtigt werden.

Einzelne Anfragen über die Lohnfestsetzungen im Reichskriegsamt beantwortete Herr Lubwig dahin, daß der Reichskriegsamt seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehalten werden muß. Wenn ankamts sich auch einige Mißbilligkeiten gezeigt haben, so muß doch anerkannt werden, daß auch die Gehälter bestrebt sind, nach den Sätzen des Tarifs zu arbeiten und nicht den Lodungen einzelner Agenten, trotz Versprechen übertrefferlicher Löhne, Folge leisten. Nach einer Bemerkung des Herrn Piesch besteht unter den Sattlermeistern Bauzens eine Abmachung, wonach sie keinen Gehältern einstellen, der bereits in Bauzen bei einem Meister bestimmt war, wenn dieser nicht besonders seine Zustimmung dazu gibt.

Vergleichen wir den Verlauf der Kriegslage mit den Verhandlungen des Bundestages 1913 in Halle, so ist als sicher anzunehmen, daß hinter der neuen Verlung die Sattlerinnungen Fortschritte machen werden. Für die Arbeiterschaft wird dies sowohl als auch die Gründung des neuen Verbandes der Lederwarenhersteller-Fabrikanten und der Interessengemeinschaft für das deutsche Sattlerhandwerk ein Ansporn sein, sich ihrer Pflicht dem Sattler- und Portefeullerverbands gegenüber zu erinnern, um jederzeit allen Angriffen gegenüber gewappnet zu sein.

**Erfolgreicher Kampf um Weitergewährung einer Unfallrente.**

Der Sattler A. M. in Zeitz erlitt am 28. Mai 1912 im Betriebe einer Rindwebenfabrik eine Quetschung der rechten Reistengegend. Auf Beschluß der Sachl. Thür. Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft wurde seine Erwerbsunfähigkeit auf 25 Proz. geschätzt und er erhielt ab 1. Oktober 1912 eine monatliche Rente von 14,70 Mk. Am 1. Mai 1915 wurde auf Grund eines Gutachtens des Oberarztes Dr. Roelchen Zeitz, die Rente eingezogen. In diesem Gutachten wird behauptet, daß bei dem Verletzten Genöhrnung eingetreten ist und daß er jetzt als Soldat

seinen Dienst tut. Allerdings muß bemerkt werden, daß er unmittelbar, nachdem er seine Anforderrung von der Vereinsgenossenschaft erhalten hatte, sich krank meldete. Jedoch tut er wieder im Gefangenenerlager Dienst. Gegen diesen Bescheid hat A. M. durch das Zentralarbeitssekretariat Berlin Berufung an die Sachl. Thür. Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft Einspruch erhoben, mit der Begründung, daß er wohl für garnisondienstfähig für leichteren Dienst befunden wurde, aber jetzt oft sich krank melden mußte. So ist Anfang September A. M. nach Alten-Grabow zur Gefangenenerwahrung abkommandiert worden, wo er sich schon nach einigen Tagen krank melden mußte. Nach Halle wieder zurückgekommen, mußte er sich wieder in ärztliche Behandlung begeben. Da er zum Exerzierdienst herangezogen wurde und denselben insofern seines Leidens nicht ertragen konnte, wurde er nur noch zu Kammerarbeiten verwendet. Am 24. Oktober wurde er wieder zur Gefangenenerwahrung beordert, aber schon Mitte November mußte er sich wieder krank melden; seit dem 31. Januar 1915 konnte M. infolge seines rheumatischen Leidens nur zeitweise und nur mit leichtem Dienst beschäftigt werden. Trotz alledem hat die Vereinsgenossenschaft dem Einspruch nicht stattgegeben. Das Zentralarbeitssekretariat erhob wiederum mit einsehender Begründung Einspruch, worauf M. nochmals von Dr. Roelchen nachuntersucht wurde. In dem zweiten Gutachten behauptet der Arzt, daß Genöhrnung an den Zustand eingetreten ist, was daraus hervorgeht, daß Patient Soldat ist, eine Erwerbs-hinderung nicht mehr vorliegt. Das Versicherungsamt hat sich dem Gutachten angeschlossen und daher die Einziehung der Rente für gerechtfertigt gehalten. Mit diesem Bescheid nicht zufrieden, wandte sich das Arbeitssekretariat an das Kgl. Oberversicherungsamt in Merseburg, welches in seiner Sitzung am 10. Oktober den Renteneinstellungsbescheid aufgehoben und dem Kläger die Rente in bisheriger Höhe zugestimmt hat.

Tatbestand und Gründe: Der Kläger ist am 28. Mai 1912 überfahren worden und hat für die dabei erlittene Quetschung der rechten Reistengegend bisher eine 25prozentige Rente erhalten.

Da nach einem von Dr. Roelchen in Zeitz am 8. März 1915 ausgefertigten Kontrollgutachten eine wesentliche Besserung eingetreten sein und eine Erwerbsbeschränkung nicht mehr vorliegen soll, hat die Beklagte durch Endbescheid vom 13. Mai 1915 die Rente vom 1. Mai 1915 ab eingestellt. Kläger hat rechtzeitig Berufung erhoben und Weiterzahlung der Rente beantragt, da eine Besserung nicht eingetreten und er wegen der Unfallfolgen aus dem Militärdienst entlassen worden ist. Die Beklagte beantragte Zurückweisung der Berufung.

Auf Anfrage teilte das 5. Landst.-Inf.-Ers.-Bat. in Alten-Grabow am 26. Juni 1915 mit, daß Kläger am 6. Mai 1915 als garnison- und arbeitsverwendungsunfähig entlassen worden ist. Die Erwerbsbeschränkung wird auf 25 Proz. geschätzt. Dr. Roelchen hat nach Kenntnisnahme hiervon sein Gutachten aufrechterhalten. Nach Auskunft der Polizeiverwaltung in Zeitz hinkt Kläger noch stark und geht mit kleinem Anie.

In der heutigen Verhandlung wurde an dem Kläger der Augenchein vorgekommen. Der zugezogene ärztliche Sachverständige Dr. Weinrich-Merseburg, welcher vorher von den Alten Kenntnis genommen hatte, schloß sich nach Untersuchung des Klägers dem Gutachten des Dr. Roelchen an. Es war, wie gesehen, zu erkennen:

Auf Grund des eigenen Augencheins und des Gutachtens der Verzte des 5. Landst.-Inf.-Ers.-Bat. sowie der Auskunft der Zeitzer Polizeiverwaltung ist das Oberversicherungsamt zu der Überzeugung gelangt, daß eine wesentliche mit Hebung der Erwerbsfähigkeit verbundene Besserung im Zustande des Klägers nicht eingetreten ist. Es war ihm daher die Rente in der früheren Höhe wieder zuzusprechen.

Dieser Erfolg im Kampfe um die Unfallrente beweist aufs neue die Zweckmäßigkeit des Zentralarbeitssekretariats in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Als Mitglied unseres Verbandes stand dem Kollegen A. M. das Recht zu, Rat und Hilfe des Zentralarbeitssekretariats in Anspruch zu nehmen, dessen sachgemäßer Vertretung es gelungen ist, ihm zu seinem Rechte zu verhelfen.

**Lederwaren aus Menschenhaut.**

Der französischen Bourgeoispresse ist doch keine Schandtat gleich und groß genug, sie der deutschen Nation aufzudecken. Daß die Franzosen all den ihnen durch die Zeitungen vorgelesenen Blödsinn für bare Münze hinnehmen, darf man billigerweise bezweifeln, aber es ist immerhin bezeichnend, daß es gewagt werden kann, dem Publikum derartigen Leichtfertigkeiten anzubieten. Eine Glanzleistung auf dem Gebiete der Beschöpfung unserer Nation brachte kürzlich die „Frankfurter Zeitung“ zur Kenntnis

ihrer Leser. Es handelt sich dabei mit eine Beschöpfung des in Deutschland blühenden Gewerbes der Gerbereien für Menschenhäute. In dem französischen Blatt „Gazette de France“ brachte Georges Klot über diesen Industriezweig, der seinen Ruhm besonders aus der Kamerakolonie beziehen soll, folgende Einzelheiten:

„Die Deutschen (in Kamerun) enthäuten Kinder und Erwachsene und bearbeiten deren Haut mit äußerster Sorgfalt; das fertige Produkt ist geschmeidig, weich und federartig anzufühlen. Man macht daraus Visitenkarten-Etuis und Brieftaschen, die mit Monogrammen verziert sind und zum Gebrauch für die Herren Offiziere der Kolonie und der Hauptstadt bestimmt sind. In Deutschland selbst gibt man den Ursprung des Produkts nicht an, um die wohlbesamnte Empfindlichkeit der Deutschen zu schonen. Der Handel mit diesen Gegenständen ist sehr rege in Berlin.“ Georges Klot erinnert bei dieser Gelegenheit an ähnliche Arbeiten aus Menschenhaut, die in der Revolutionszeit angefertigt wurden. Aber diese Ungeheuerlichkeiten kamen bei uns nur in einer jener weit zurückliegenden Wirten Perioden vor, von denen schon der alte Polygoras sagte: „Wenn du Ungeheuer sehen willst, gehe nicht nach Afrika, sondern gehe zu einem Volk, wo gerade Revolution herrscht.“ (Wiele derartige „Ungeheuer“, und nicht die zohmten, kamen von auswärts, aus dem tugendhaften Germanien.“) Bei den Deutschen arbeiten die Menschenhautgerbereien auch in normalen Zeiten, ohne daß das auserwählte Volk Gottes daran Anstoß nimmt.“

Wie gemein doch der Haß macht! Aber lassen wir den trefflichen Georges Klot bei seinem Glauben, die Deutschen verstehen wirklich aherhand vom Gerben. Wüßlich gesprochen haben sie ja auch manchem das Fell gegerbt.

**Brief aus Hamburg.**

Mit der Beschäftigung auf Lederwarenherstellung ist es hier in Hamburg zurzeit schlecht bestellt. Wir haben hier die leidige Aufgabe zu verzeichnen, daß die Sattlerebetriebe, welche Heeresanzüchtung lieferten und größtenteils mit gelernten Sattlern arbeiteten, seit August oder September keine Aufträge mehr haben, während einige recht zweifelhafte Betriebe, welche gelernte Sattler so gut wie gar nicht beschäftigen, heute noch voll beschäftigt sind. Zum Beispiel: In Altona, Schulterblatt 36, wohnt ein Zwischenschneider C. P. Vogel, an seiner Firma prangt solz das Wort „Militäreffektenfabrik“; dieser machte am 29. vorigen Monats im hiesigen „General-Anzeiger“ sechs Patronentafelnmacher. Der Arbeitsmarkt dieser Zeitung erscheint mittags 12 Uhr. Schreiber dieses war nachmittags 3 Uhr dort, wo ihm mitgeteilt wurde, die Stellen seien besetzt, es seien schon über 50 Sattler dort gewesen. In den Nebenräumen dieser Fabrik wurde festgestellt, daß dort etwa 40 bis 50 junge Mädchen oder Frauen sitzen und an Patronentafeln arbeiten. Sattler wurden dort nicht gesehen. Diese Firma ist erst vor kurzer Zeit beruht worden, wegen Nichtabhaltung des Reichstags eine bedeutende Summe nachzahlen. Die Firma glaubt jedoch, als Zwischenunternehmer nicht an die Innehaltung des Reichstags gebunden zu sein und hat gegen das Urteil Berufung beim Landgericht eingelegt. Ein anderer Fall: Der Möbelfabrikant Joseph Daniels, Altona, Lange Straße, verfertigt noch immer Tornister und Feldflaschenriemen usw., meistens nur mit Hilfskräften. Ueber diese Firma wurde deshalb vor einiger Zeit Beschwerde beim stellvertretenden Generalkommando geführt. Hieron hatte die Firma Wind bekommen. Es wurden plötzlich circa 30 Sattler eingestellt. Einige Tage darauf wurde von einem Polizeibeamten im Betriebe festgestellt, ob und wieviel gelernte Sattler dort beschäftigt sind. Diejenige Aufschöpfung im Betriebe war aber wahrscheinlich die Firma nicht geraden, sie konnte die Sattler nicht beschäftigen, und wie sie gekommen, gingen auch die meisten wieder. Einige der Sattler legten sich jedoch aufs Barren, weil sie nicht entlassen worden waren, und verlangten Barzegeh, welches die Firma aber weigerie. Die Kollegen klagten beim Altonaer Gewerbegericht, wo die Firma dem Klageantrag gemäß verurteilt wurde, den Klägern das Barzegeh, insgesamt etwa 75 Mk., zu zahlen. Hierbei war der Fall zu verzeichnen, daß ein Sattler, welcher in drei Tagen etwa fünf Stunden Arbeit gearbeitet hat, circa zwanzig Stunden Barzegeh erhielt. Seitdem arbeitet die Firma wieder mit 1 Meister, etwa 5 meist ungelernen Zuschneidern und ungefähr 50 Mädchen oder Frauen. In der Fabrik prangt ein Plakat, daß Barzegeh nicht bezahlt wird. Kommen dort Sattler, um nach Arbeit zu fragen, so werden sie von einer Woche zu andern verkröft, Arbeit bekommen sie aber nicht. Ähnliche Beispiele sind noch von anderen Firmen zu berichten, doch dürften diese Beispiele schon beweisen, daß hier am Orte genügend Sattler vorhanden sind, und daß die Arbeitslosigkeit der Sattler hier künstlich von den Unternehmern ver-

urjacht wird. Wenn man hier das Organisationsverhältnis bedenkt in diesen zwei Fabriken schon zirta 100 weibliche Hilfsarbeiter, wovon keine organisiert, so sieht wohl für jeden leit, daß dieser Zustand von den Fabrikanten nur geschaffen ist, um ungenutzt den Reichstaxi umgeben zu können.

**Feldpostbrief.**

Schilderung von der Westfront.

Zu Beginn der großen Offensive lehrte ich gerade von meinem Heimaturlaub zurück. Hier wieder auf dem Bahnhof R. angelangt, hörte ich schon das Manonengedonner, erkundete bald, daß was Großes im Gange sei. Nach gut zwei Stunden kam ich im Schützengraben in der früheren Erdwohnung an. Au Schlaf war wenig zu denken. Alle im Alarmzustand. Die heißen Tage vom 20. bis 25. September werde ich so schnell nicht vergessen. Die ganze Front wurde Tag und Nacht mit einem Hagel von Granaten überschüttet. Unter Abwehr bis zu 400 Schuß in einem Tage. Da blieben wenig Schützengräben ganz. Verluste hatten wir wenige. Liege hier im sogenannten „Mafengraben“, weil am weitesten vor nach der französischen Hauptstadt. Wir atmeten alle auf, als wir erfuhr, daß der Durchbruch, welcher mit großer Uebermacht eingesetzt hatte, gescheitert war. Daß die Ketten sehr gelitten hatten bei all dem Feuer und dem langen Stellungskrieg, ist wohl erklärlich. Somit ist mein Gesundheitszustand so leidlich. Gätte niemals geglaubt, daß der Mensch so viel aushalten kann; aber Verschiedenes wird sich erst einstellen, wenn wieder ein anderes Leben anfängt, wonach die Sehnsucht schon sehr groß ist.

Trotz der Kriegstrapazen ist mein Simon immer bei unserem Verbande. Ich kann nicht umhin, alle Kollegen und Kameraden dabei, so auch alle, die im Felde stehen und unser Verbandsorgan lesen, nochmals auf den Beiratsbrief hinzuweisen: „Sich regen bringt Segen.“ Was dieser enthält, haben ja auch in diesem Weltkriege so viele brave Kameraden schon bewiesen. Galtet fest an unserer guten Sache, jetzt und nach Friedensschluss, den wir herbeisehnen. Wir haben keine Zeit, müde zu sein. Immer mit vereinten Kräften ans Werk, was wir unserer Familie, besonders der Jugend schuldig sind, damit es nicht nur heißt, sondern zur Tatsache wird, der deutsche Michel in der Welt voran. Ein Mitglied, zurzeit Landwehrmann im Schützengraben.

**Korrespondenzen.**

**Hamburg.** (E. O. 11.) Mitgliederversammlung am 28. Oktober im Gewerkschaftsaule. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralfasse balanzieren mit 1309,30 Mk. An die Hauptkasse sind 766,50 Mk. gesandt. Der Mitgliederbestand war 218 männliche und 2 weibliche gegen 479 männliche und 5 weibliche am Schluß des 2. Quartals. Einem Zug von 28 Mitgliedern steht ein Abgang von 293 gegenüber. Von letzteren sind 46 zum Militär abgemeldet, während 230 wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. Zum Militärdienst sind bisher insgesamt 294 Mitglieder eingezogen. Die große Zahl der wegen rückständiger Beiträge gestrichenen Mitglieder rekrutiert sich aus den sogenannten Kriegskriegern. Die großen Heeresaufrufe im letzten Jahre brachten für das Gewerbe viele Hilfskräfte mit sich, welche dann, wenn sie anderweitig nicht organisiert waren, in unserer Organisation aufgenommen wurden. Da die Heeresaufrufe für Hamburg-Altona in unserer Gewerbe so gut wie erledigt sind, verschwanden diese Mitglieder auch wieder aus unseren Reihen. Es soll allerdings nicht gesagt sein, daß keine Aufträge mehr vorhanden sind, es muß aber konstatiert werden, daß die meisten Unternehmer sich jetzt mit Hilfskräften besellen, während gelernte Sattler, meistens Familienväter, wochenlang arbeitslos sind. Für die Unternehmer kann der Grund nur darin zu suchen sein, daß sie die Bestimmungen des Reichstaxi leichter umgehen können und die Hilfskräfte lieber unter Tarif arbeiten, da wenn sie die gleichen Löhne wie die gelernten Sattler verlangen, sie ihre Entlassung zu gewärtigen haben. Die Lokalfasse weist einen Bestand von 6788,89 Mk. auf, wovon 6392 Mk. auf der Sparrasse der „Produktion“ belegt sind. Auf Antrag der Revisionen wird dem Kassierer einstimmig Entloftung erteilt. Der Vorstehende berichtet sodann über mehrere Tarifstreitigkeiten, welche teils die Schlichtungskommission und teils die Gewerbegerichte beschäftigt haben. Während einige Fälle zu unseren Gunsten erledigt sind, hatten andere noch der Entscheidung, welche voraussichtlich in den meisten Fällen zu unseren Gunsten ausfallen wird. Unter „Verchiedenes“ wird noch besprochen, den Familien der zum Militärdienst eingezogenen Kollegen zu Weihnachten wieder eine Unterstützung zu zahlen.

**Magdeburg.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung am 6. November nahm den Geschäfts- und Kassierbericht für das 3. Vierteljahr debattellos entgegen. Für die vom Ausschuss Juridisch-rechtlichen soll eine amtliche Anstaltsstelle eingeführt werden. Die Besprechung zwischen den Behörden und Gewerkschaftsvertretern sollte am 21. Oktober stattfinden, wurde aber in letzter Minute wieder verlagt. — Bedauert wurde, daß der 3. B. seit Mai d. J. den Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer nicht wieder eine Unterstützung zugewährt hat. (Wie aus der vorwöchigen Zeitung ersichtlich, kommt in nächster Zeit die Weihnachtsunterstützung zur Auszahlung. D. M.) Den 50 Kriegsteilnehmern der Verwaltungsstelle soll ein Weihnachtspaket zugesandt werden.

**Rundschau.**

**Unkenntnis über Böswilligkeit?** Unter dieser Spitzmarke haben wir in Nr. 45 unseres Organs einen Artikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ über „Die Kriegsunterstützungen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften“ in gebührender Weise gewürdigt. Allerdings wußten wir damals noch nicht, daß die Ausführungen der „D. A. Z.“ bezüglich der Leistungen des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins, gelinde gesagt, den Tatsachen nicht entsprachen und darum geeignet sind, die Öffentlichkeit irrezuführen. Das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ ist in der Lage gewesen, die von der „D. A. Z.“ gemachten Angaben nachzuprüfen und festzustellen, daß der Mittelrheinische Fabrikantenverein als solcher überhaupt keine Verbandsmittel für den Zweck aufwendet hat, sondern es sich um die Ausgaben seiner Mitglieder, d. h. der einzelnen ihm angeschlossenen Unternehmer handelt. Diese Ausgaben sind zwar auch nicht „im einzelnen nachzuprüfen“, aber es liegt uns trotzdem fern, die Statistik des betreffenden Arbeitgebervereins irgendwie anzuzweifeln. Wären wir in der Lage, die Aufwendungen der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder für Kriegsunterstützungen statistisch zu erfassen, es würden zweifellos enorme Summen zu Buche sein. Aber unsere Zahlen betreffen lediglich die Ausgaben unserer Gewerkschaftskassen, nicht die der einzelnen Mitglieder, die rein persönlicher Art sind und nicht aufs Konto der Gewerkschaften geschrieben werden können.

**Bücherschau.**

25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890 bis 1915. Unter diesem Titel hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aus Anlaß ihres fünfundsanzigjährigen Bestehens eine Erinnerungsschrift herausgegeben, die den Redakteur des „Correspondenzblattes“ Paul Ambréit zum Verfasser hat. Wie es im Vorwort heißt, soll diese Schrift weder eine Geschichte der deutschen Gewerkschaften, noch der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sein, sondern eine Gedenkschrift zur Erinnerung an das Vierteljahrshundert der Entwicklung und Kämpfe, das die deutschen Gewerkschaften und die Generalkommission seit der Begründung der letzteren zurückgelegt haben. Dank der hervorragenden Kenntnisse deutscher Gewerkschaftsbewegung und des ihm zur Verfügung stehenden Materials ist es dem Verfasser gelungen, auf einem verhältnismäßig beschränkten Raum, 185 Druckseiten, einschließlich statistischer Nebersichten und graphische Darstellungen, ein anschauliches Bild über das Werden und Wirken der deutschen Gewerkschaften zu geben. In den dreizehn Abschnitten werden behandelt: 1. Die Gewerkschaftsbewegung bis zum Jahre 1890. 2. Zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung. 3. Der Aufbau der Gewerkschaften. 4. Innere und äußere Kämpfe. 5. Im Kampfe mit der Unternehmermacht. 6. Partei und Gewerkschaften. 7. Gewerkschaftliche Konzentration. 8. Gewerkschaften und Genossenschaften. 9. Gewerkschaften und Sozialpolitik. 10. Neue Kämpfe um das Organisationsrecht. 11. Internationale Organisationen. 12. Der Weltkrieg und die Gewerkschaften. 13. Die Gewerkschaften nach dem Kriege. Da ein offizielles Protokoll über die Verhandlungen der ersten Konferenz der Gewerkschaften Deutschlands, 16. und 17. November 1890 in Berlin, nicht erschienen ist, so ist zu begrüßen, daß im Anhang je ein Bericht aus dem „Berliner Volksblatt“ und aus Hamburger Gewerkschaftsblättern veröffentlicht wird. Schon

diese Inhaltsangabe ist geeignet, alle Freunde der Gewerkschaftsbewegung auf dieses Buch hinzuweisen. Den älteren Genossen wird es manche liebe Erinnerung über gemeinsame Freuden und Leiden im Emanzipationskampfe der Arbeiter hervorrufen, die jüngeren, die erst in den letzten Jahren für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen wurden, werden daraus erkennen, welche Schwierigkeiten und Hemmnisse zu überwinden waren, um die Gewerkschaften zu dem Faktor auszugestalten, den sie jetzt in der Kulturbewegung des deutschen Volkes darstellen. Dem durchaus lehrwerten Inhalt entspricht auch die Ausstattung des Buches, das unsere Mitglieder zum Preise von 1,60 Mk. durch unsern Verband — 3 Mk. im Buchhandel — beziehen können. Bestellungen sind an die Verbandsleitung zu richten. Im Porto zu eriparen, wäre es erwünscht, die in jeder Ortsverwaltung verlangten Exemplare durch den Kassierer zu bestellen und den Betrag gleich zu hinterlegen.

**Dokumente zum Weltkriege.** Herausgegeben von Ed. Bernheim. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. H. O., Berlin SW. 68. Soeben ist Heft 12: „Das serbische Blutbuch“, erschienen. Preis 50 Pf. — Das Heft enthält die Urkunden, welche die serbische Regierung über die dem Kriegsausbruch vorhergegangenen diplomatischen Verhandlungen mit den beteiligten Mächten veröffentlicht hat. Zur Beurteilung der Kriegsurkunden ist die Kenntnis dieser Urkunden erforderlich.

**Adressenänderungen.**

Braunshweig. K.: G. Paul, Wohnung: Hildesheimer Straße 1811, Sprechstunde nur Spandabends von 7—8 Uhr bei Geise, Alter Reughof Nr. 3.

**Sterbetafel.**

Bremen. Am 7. November verstarb unser Mitglied Hermann Rudenberg an Magenkatarrh.  
Hamburg a. M. Am 8. November verstarb der Portefeuille Robert von der Seydt, 48 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

**Anzeigen**

**Sattler**  
für Offizierhelm-Verblägerer usw. verlangt  
**M. Wunderlich**  
Berlin, Wilhelmstr. 22.

Einige gestifte  
**Täschner**  
auf Leder- und Kunstledertaschen sucht  
**C. Bohmann, Superbawerke**  
Bielefeld.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19,**  
Lindenstr. 63.  
Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franco.

**Tüchtige, auch jüngere Sattler**  
finden lohnende und dauernde Beschäftigung auf Militärarbeit.  
**C. Estelmann, Fabrik für Heeresausrüstung, Straßburg i. Elsaß, Indulgasse 9.**